

Große Anfrage

der Abgeordneten Armin-Paulus Hampel, Dr. Roland Hartwig, Petr Bystron, Waldemar Herdt, Paul Viktor Podolay, Dr. Anton Friesen, Udo Theodor Hemmelgarn, Dr. Lothar Maier, Dr. Robby Schlund, René Springer und der Fraktion der AfD

Deutsche Einschätzungen und Perspektiven zu China

Seit Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Volksrepublik China 1972 haben deutsche Bundesregierungen nach Ansicht der Fragesteller im Wesentlichen eine konstruktive China-Politik verfolgt. Dies war insbesondere seit Beginn der Reform- und Öffnungspolitik in China Ende der 1970er Jahre der Fall. Die zunehmend enge wirtschaftliche Verflechtung und die insbesondere auch im Rahmen der bilateralen Regierungskonsultationen über den wirtschaftlichen Bereich hinausgehende enge Kooperation beider Länder haben nach Ansicht der Fragesteller einen entscheidenden Anteil an der Modernisierung Chinas und am Wohlstand Deutschlands, aber auch an der Stabilisierung einer zunehmend fragilen internationalen Ordnung gehabt.

Im Vorlauf des 50. Jahrestages der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im kommenden Jahr ist nun eine deutliche Veränderung der Tonalität in den deutsch-chinesischen Beziehungen zu vernehmen. Hierzu zwei Beispiele:

Hatte China die Wahl Deutschlands als nichtständiges Mitglied in den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen 2018 noch begrüßt und hatten beide Länder den Willen bekräftigt „gemeinsam an der Verhinderung und Lösung internationaler Konflikte zu arbeiten“ (<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender/china-node/deutsch-chinesische-regierungskonsultationen/2117904>), so verhinderten China und Russland wiederholt die Annahme u. a. von Deutschland eingebrachter Entwürfe zur Verlängerung der Syrien-Resolution 2165 (2014) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen (s. z. B. <https://undocs.org/en/S/PV.8623>). In der letzten Sitzung vor dem turnusgemäßen Ausscheiden Deutschlands warf der Vertreter Chinas seinem deutschen Kollegen vor, den Versuch unternommen zu haben, auf bösertige Weise die Arbeitsatmosphäre im Sicherheitsrat zu vergiften und brachte seine Hoffnung zum Ausdruck, dass der Sicherheitsrat im kommenden Jahr ohne ihn in einer besseren Position sei, seinen Pflichten und seinem Mandat nachzukommen“ (<http://chnun.chinamission.org.cn/eng/hyyfy/t1842159.htm>).

Zweites Beispiel: Hatten die USA unter dem früheren Präsidenten Barack Obama bereits eine sicherheitspolitische Neuausrichtung nach Ostasien vorgenommen, so stellte die Trump-Administration 2017 die Vision eines Free and Open Indo-Pacific (FOIP) vor (<https://www.state.gov/wp-content/uploads/2019/11/Free-and-Open-Indo-Pacific-4Nov2019.pdf>, S. 4). Im zwischen CDU, CSU und SPD beschlossenen Koalitionsvertrag wurde 2018 ein „starkes [...] sicherheitspolitisches Engagement [...] Deutschlands in Asien“ vereinbart (<https://www.b>

undesregierung.de/resource/blob/975224/847984/5b8bc23590d4cb2892b31c987ad672b7/2018-03-14-koalitionsvertrag-data.pdf?download=1, S. 153). 2019 war in den Medien von Gerüchten über die Entsendung einer deutschen Fregate in die Meerenge von Taiwan zu lesen (s. z. B. https://www.welt.de/print/die_welt/debatte/article195110527/Essay-Die-Marine-Mission.html), die Beobachter, so sie sich bewahrheiten sollten, als „außergewöhnliche Revision“ der bisherigen Haltung der Bundeskanzlerin wahrnahmen (ebd.). Im Mai 2020 beobachtete die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP): „Besonders von Seiten der USA wächst der Druck auf Staaten in und außerhalb der Region, inklusive auf Deutschland und andere EU-Mitgliedstaaten, sich zum Konzept des ‚Indo-Pazifik‘ direkt oder indirekt zu bekennen.“ (<https://www.swp-berlin.org/publikation/vom-asien-pazifik-zum-indo-pazifik/#en-d36843e1211>) und damit für Washington und gegen Peking, welches das Konzept primär als eine gegen China gerichtete Eindämmungsstrategie verstehe (ebd.). Die SWP zog jedoch in einer Studie den Schluss, dass „[e]in allein deutsches Indo-Pazifik-Konzept zu erarbeiten [...] mit Blick auf die geringen diplomatischen und die nicht vorhandenen militärischen Kapazitäten Deutschlands abwegig [erscheine].“ (ebd.). Im September 2020 beschloss die Bundesregierung die „Leitlinien zum Indo-Pazifik“ (<https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2380500/33f978a9d4f511942c241eb4602086c1/200901-indo-pazifik-leitlinien--1--data.pdf>). Der Bundesminister des Auswärtigen sagte zu diesem Anlass: „Der politische Westen liegt auch im Osten. [...] Der Indo-Pazifik ist eine Priorität der deutschen Außenpolitik. [Wir wollen] unsere Zusammenarbeit in den Bereichen Multilateralismus, Klimawandel, Menschenrechte, regelbasierter Freihandel, Konnektivität und Digitalisierung sowie insbesondere im sicherheitspolitischen Bereich ausbauen.“ (<https://china.diplo.de/cn-de/aktuelles/neuigkeiten/-/2381198>). Im November 2020 erklärte die Bundesministerin der Verteidigung, dass der „indopazifische Raum“ zu einer Arena des „globalen Kräftemessens“ geworden sei; es sei notwendig, dass „Deutschland seine Position in der Region markiert“ (<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8435/>). „Konkret bedeutet das zum Beispiel, unsere Verbundenheit mit Partnern zu zeigen durch Teilnahme an maritimen Übungen, die Mitfahrt deutscher Marineoffiziere auf Schiffen befreundeter Nationen und auch mit einer eigenen Präsenz“ (<https://www.bmvg.de/de/aktuelles/engagement-im-indopazifik-fuer-eine-regelbasierte-ordnung-4911100>). Ende vergangenen Jahres wurden in einem Fachartikel Überlegungen veröffentlicht, dass Deutschland sich auch an der Aufrüstung der taiwanesischen Streitkräfte beteiligen solle – auch im Interesse der eigenen Rüstungsindustrie. Darüber hinaus solle sich Deutschland mit Kriegsschiffen an Freedom of Navigation Operations im Südchinesischen Meer beteiligen und auch über eine symbolische Fahrt durch die Taiwanstraße nachdenken („Fragiler Frieden in der Taiwanstraße“, Internationale Politik, Ausgabe November/Dezember 2020, S. 51 ff.).

Nach Ansicht der Fragesteller liegen die Ursachen für eine deutliche Veränderung der deutschen China-Politik in Teilen im Machtgewinn (der seit Jahrzehnten absehbar war) und in einem selbstbewussteren Auftreten Chinas seit Amtsübernahme Xi Jinpings begründet. Darüber hinaus liegen sie auch in amerikanischen Interessen begründet, die China-Politik Deutschlands und anderer Staaten zu ihrem eigenen Vorteil zu beeinflussen. Dies gelingt nach Auffassung der Fragesteller umso leichter, als dass es in Deutschland an einer souveränen, von wohl begründeten Interessen hergeleiteten und realpolitisch orientierten China-Strategie fehlt. Die Fragesteller sehen mit Sorge, dass Deutschland gegen seine eigenen Interessen und in erkennbarer Parallelität der Verschlechterung seiner Beziehungen zu Russland in einen neuen Kalten Krieg und womöglich darüber hinaus getrieben wird.

In einem Ende November 2020 erschienenen Artikel identifiziert der renommierte Wissenschaftler Prof. Dr. Eberhard Sandschneider drei Hindernisse bei der Entwicklung einer erfolgreichen außenpolitischen Strategie zu China:

- „Die Kenntnis der inneren Funktionsweise des politischen Systems der Volksrepublik China ist unter westlichen Politikerinnen und Politikern, vor allem aber unter Journalistinnen und Journalisten [...] außerordentlich gering ausgeprägt, obwohl kaum eine Debatte zu globalen und regionalen Themen ohne Chinabezug auskommt. Wesentliche Aspekte europäischer Chinapolitik sind überwiegend den Notwendigkeiten innenpolitischer Überlegungen und nur begrenzt den Erfordernissen bilateraler Beziehungen oder gar den Entwicklungen in China selbst geschuldet“ (<https://www.bpb.de/internationales/asien/china/322047/chinas-aussenpolitik-wie-umgehen-mit-dem-selbstbewussten-riesen>).
- „Extreme Erwartungshaltung, Besserwisserei, ungebetene Reformvorschläge und entsprechende Frustrationen, wenn diese nicht von China befolgt werden, prägen eine öffentliche Debatte, die deutlich negative Einflüsse auf reale Politik zur Folge hat.“ (ebd.).
- „Aus der Mischung aus begrenztem Wissen, der Frustration über gescheiterte Erwartungshaltungen und den daraus entstehenden Ungewissheiten speist sich ein Angstsyndrom, in dem sich mangelndes Verständnis, vorhandene Intransparenz und nicht zuletzt die Sorge wachsender chinesischer Wettbewerbsfähigkeit zu einem emotionalen Gemisch verbinden, das zu erheblichen Problemen in den bilateralen Beziehungen beiträgt.“ (ebd.).

Wir fragen die Bundesregierung:

Landes- und Sprachkompetenz

1. Kennt die Bundesregierung die eingangs zitierten Einschätzungen von Prof. Dr. Eberhard Sandschneider, und wie verhält sie sich dazu (bitte für jeden Punkt einzeln begründen)?
2. Wie viele Mitarbeiter des Auswärtigen Amts im mittleren, gehobenen und höheren Dienst sprechen Mandarin oder eine andere der chinesischen Sprachen oder Dialekte wenigstens auf gutem Konversationsniveau (bitte für jede Laufbahngruppe einzeln in absoluten Zahlen und in Prozent der beschäftigten Mitarbeiter angeben)?
3. Wie viele der gegenwärtig an den deutschen diplomatischen Vertretungen in der Volksrepublik China in den drei vorgenannten Laufbahngruppen beschäftigten Personen sprechen Mandarin oder eine andere der chinesischen Sprachen oder Dialekte wenigstens auf gutem Konversationsniveau (bitte in einer absoluten Zahl und als Prozentwert angeben)?
4. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl chinesischer Diplomaten in vergleichbaren Positionen in den diplomatischen Vertretungen der Volksrepublik China in der Bundesrepublik Deutschland, die Deutsch wenigstens auf gutem Konversationsniveau sprechen (bitte in einer absoluten Zahl und als Prozentwert angeben)?

China-Debatte in Deutschland

5. Welche Akteure haben nach Kenntnis der Bundesregierung den größten Einfluss auf die Debatte zu China in Deutschland?
6. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse über den Einfluss der folgenden Akteure in Bezug auf diese Debatte und die Ausgewogenheit ihrer Beiträge vor (wenn ja, welche), und sind, wenn dazu Kenntnisse vorliegen, diese

Debattenbeiträge größtenteils deckungsgleich mit der Position der Bundesregierung (wenn nein, warum nicht):

- a) The German Marshall Fund of the United States,
 - b) Atlantik-Brücke e. V.,
 - c) Axel Springer SE (bevor das US-amerikanische Beteiligungsunternehmen KKR der größte Aktionär wurde),
 - d) Axel Springer SE (nachdem KKR der größte Aktionär geworden ist),
 - e) Mercator Institute for China Studies (MERICS),
 - f) Heinrich-Böll-Stiftung,
 - g) Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit,
 - h) Inter-Parliamentary Alliance on China?
7. Betrachtet die Bundesregierung die Debatte zur Volksrepublik China in Deutschland insgesamt als ausgewogen (bitte begründen)?
 8. Gab es oder gibt es seitens der Bundesregierung Überlegungen, analog zur Vertretung der SWP in Brüssel (Kontakt zur NATO und EU, <https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/>), Vertretungen deutscher Denkfabriken in den USA zu eröffnen oder eine solche Eröffnung zu unterstützen?
 9. Gab es oder gibt es seitens der Bundesregierung Überlegungen, Vertretungen deutscher Denkfabriken in Russland oder China zu eröffnen oder eine solche Eröffnung zu unterstützen?
 - a) Wenn ja, welche konkreten Schritte wurden bisher unternommen?
 - b) Wenn nein, warum nicht?
 10. Wurde nach Kenntnis der Bundesregierung seitens der Volksrepublik China das Interesse geäußert, eine Vertretung einer chinesischen Denkfabrik in Deutschland zu eröffnen, und wenn ja, wie wurde hiermit verfahren?

Indo-Pazifik

11. Sah sich die Bundesregierung „verstärkt Druck aus Washington ausgesetzt, sich direkt oder indirekt zum ‚Indo-Pazifik‘ zu bekennen – und damit aus Sicht der USA für Washington und gegen Peking“ (s. Vorbemerkung der Fragesteller)?
 - a) Wenn ja, war dieser Druck ursächlich für die Entscheidung der Bundesregierung, im vergangenen Jahr ihre Indo-Pazifik-Leitlinien zu beschließen?
 - b) Wenn ja, hatte dieser Druck Auswirkungen auf die inhaltliche Ausgestaltung der Leitlinien?
12. Sah sich die Bundesregierung in anderen Bereichen ausländischem Druck ausgesetzt, ihre China-Politik zu verändern?

Wenn ja, von welchen Akteuren in welchen Bereichen mit welchen Ergebnissen?
13. Kennt die Bundesregierung die Einschätzung der SWP, dass ein „allein deutsches Indo-Pazifik-Konzept zu erarbeiten [...] mit Blick auf die geringen diplomatischen und die nicht vorhandenen militärischen Kapazitäten Deutschlands abwegig“ erscheint, und welche Schlüsse zieht sie daraus (s. Vorbemerkung; bitte begründen)?

14. Sind die deutschen Leitlinien hinfällig, wenn es keine von der Bundesregierung angestrebte „EU-Strategie zum Indo-Pazifik“ geben sollte (s. „Leitlinien zum Indo-Pazifik“, S. 3; bitte begründen)?
15. In welchen Feldern möchte die Bundesregierung zukünftig stärker – wie in ihren Leitlinien (s. o.) formuliert – als „gestaltender Akteur“ und in welchen Feldern möchte sie sich stärker als „Partner“ im Indo-Pazifik engagieren?
16. Welche Politik oder gegebenenfalls Leitlinien hat die Bundesregierung in ihrer bisherigen Indo-Pazifik-Politik verfolgt, und inwiefern unterscheidet sie sich von den im September 2020 beschlossenen Leitlinien?
17. Welche konkreten rüstungskontrollpolitischen Initiativen und welche Beteiligung an Übungen möchte die Bundesregierung im Indo-Pazifik unternehmen (vgl. Leitlinien, S. 2)?
18. Welche Staaten der Region haben sich kritisch oder ablehnend zu den deutschen Indo-Pazifik-Leitlinien geäußert?
Welche konkreten Punkte wurden kritisiert (bitte aufschlüsseln)?
19. Welche Staaten der Region haben sich zustimmend zu den deutschen Indo-Pazifik-Leitlinien geäußert?
Welche Punkte fanden Zustimmung (bitte aufschlüsseln)?
20. Sieht die Bundesregierung das Gefahrenpotential einer Eskalation des „globalen Kräftemessens“ im indo-pazifischen Raum (s. Vorbemerkung) im Hinblick auf die Sicherheit Europas, und wie bewertet sie dieses?
Hat die Bundesregierung Anhaltspunkte dafür, dass die Russische Föderation, um die amerikanischen Streitkräfte in Europa im chinesischen Interesse zu binden oder um von deren Verlagerung nach Asien zu profitieren, militärisch in Europa agiert (bitte ausführen)?
21. Wäre es nach Auffassung der Bundesregierung nicht auch vor dem Hintergrund steigender Spannungen in Asien sinnvoll, das Verhältnis zur Russischen Föderation zu verbessern und so auf eine Reduzierung des Konfliktpotentials im europäischen Raum hinzuarbeiten?
22. Wie verhält sich die Bundesregierung zu der Ansicht vieler Fachleute, dass der Irak-Krieg 1990/1991 und die Durchfahrt von zwei amerikanischen Flugzeugträgerverbänden durch die Straße von Taiwan 1996 entscheidende Anlässe waren, die die chinesische Führung dazu bewegt haben, signifikante Ressourcen in die Modernisierung der eigenen Streitkräfte zu investieren (s. z. B. <https://www.scmp.com/news/china/military/article/3118083/china-us-rivalry-how-gulf-war-sparked-beijings-military>, <https://www.cfr.org/backgrounder/chinas-modernizing-military>; bitte begründen)?
Sieht die Bundesregierung die Gefahr, durch „verschiedene Formen maritimer Präsenz“ im Indo-Pazifik die Rüstungsspirale weiterzudrehen (s. „Leitlinien zum Indo-Pazifik“, S. 3; bitte begründen)?
23. Wie möchte die Bundesregierung einem „Wettrüsten in der Region“ (<https://www.sueddeutsche.de/politik/neue-leitlinien-schwenk-in-der-asien-politik-1.5018432>) begegnen und es gegebenenfalls verhindern?
24. Kann die Bundesregierung für den von ihr angestrebten „Schulterschluss mit den Demokratien und Wertepartnern der Region“ angeben, welchen Kriterien diese „Wertepartner“ entsprechen müssen (s. „Leitlinien zum Indo-Pazifik“, S. 9)?

25. Auf welchen konkreten Ereignissen oder Szenarien basiert die Einschätzung der Bundesregierung, dass ein deutsches Engagement in der Region notwendig sei, um die für uns als Handelsnation wichtige Freiheit der Handels- und Seewege zu gewährleisten (s. z. B. <https://china.diplo.de/cn-de/aktuelles/neuigkeiten/-/2381198>)?
26. Gibt es seitens der Bundesregierung Überlegungen oder Initiativen, gemeinsam mit Russland und anderen europäischen Staaten die Nordostpassage entlang der russischen Küste nach Asien auszubauen und zu sichern, und wenn ja, inwiefern?
27. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über russische und chinesische Aktivitäten in der Arktis und beim Ausbau der Nordostpassage (s. z. B. <https://www.pri.org/stories/2020-10-12/chinas-arctic-ambitions-have-revived-us-interest-region>, <https://www.thearcticinstitute.org/emergence-sino-russian-economic-partnership-arctic/>, <https://www.politico.com/news/2020/06/06/russia-china-alliance-304582>)?
- a) Wenn ja, welche?
- b) Wenn ja, inwieweit sind diese Entwicklungen nach Ansicht der Bundesregierung den westlichen Sanktionen gegen Russland geschuldet?
28. Sind der Bundesregierung Diskussionen über Szenarien zur Verhängung einer Seeblockade gegen die Volksrepublik China bekannt (s. z. B. <https://carnegieendowment.org/2013/02/12/stranglehold-context-conduct-and-consequences-of-american-naval-blockade-of-china/fowj>, <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/01402390.2013.790811>)?
- Wenn ja, für wie plausibel hält sie diese Szenarien?
29. Sind der Bundesregierung Stellungnahmen von offizieller chinesischer Seite bekannt, dass das in den „Leitlinien zum Indo-Pazifik“ dargelegte deutsche Engagement in der Region oder das anderer Nationen (s. Vorbemerkung) als Vorbereitung einer Seeblockade gegen China gesehen wird?
- a) Wenn ja, wie lauten die signifikantesten chinesischen Stellungnahmen diesbezüglich?
- b) Wenn ja, wie werden diese Aussagen von der Bundesregierung bewertet?
30. Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass sich die Volksrepublik China militärisch eindämmen lässt (bitte begründen)?
- Welche ggf. über die Frage einer möglichen Seeblockade hinausgehenden Reaktionen von chinesischer Seite gab es auf die „Leitlinien zum Indo-Pazifik“ der Bundesregierung?
31. Sind das Südchinesische und das Ostchinesische Meer in den deutsch-chinesischen Gesprächsformaten zum Völkerrecht thematisiert worden (s. z. B. „Gemeinsame Erklärung anlässlich der 5. Deutsch-Chinesischen Regierungskonsultationen“ vom 9. Juli 2018, Punkt 3)?
- a) Wenn ja, mit welchem Ergebnis?
- b) Wenn nein, warum nicht?

32. Sieht die Bundesregierung die 2010 durch den damaligen Bundespräsidenten Horst Köhler getätigte Aussage, „dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern“ (https://www.deutschlandradio.de/sie-leisten-wirklich-grossartiges-unter-schwierigsten.331.de.html?dram:article_id=203276) durch ihre „Leitlinien zum Indo-Pazifik“ gedeckt (bitte begründen)?

Amerikanische China-Politik

33. Erwartet die Bundesregierung substantielle Änderungen in der amerikanischen China-Politik der neuen US-Administration?

Wenn ja, welche?

34. Was sind die gegenwärtig erkennbaren wesentlichen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der China-Politiken der Bundesregierung und der neuen US-Administration?

Taiwan

35. Hat sich die Bundesregierung zu den Waffenlieferungen der Vereinigten Staaten von Amerika an Taiwan (s. z. B. <https://www.nytimes.com/2020/09/17/us/politics/us-arms-sale-taiwan-china.html>) eine Auffassung gebildet, und wenn ja, wie lautet diese?

36. Welche Auswirkungen haben die innerdeutschen Diskussionen über die mögliche Durchfahrt eines deutschen Kriegsschiffes durch die Taiwanstraße (s. Vorbemerkung) nach Kenntnis der Bundesregierung auf die deutsch-chinesischen Beziehungen?

Würde die Bundesregierung oder nach Kenntnis der Bundesregierung die chinesische Regierung in der Durchfahrt eines deutschen Kriegsschiffes durch die Taiwanstraße eine Verletzung von Punkt 15 der „Gemeinsamen Erklärung anlässlich der 5. Deutsch-Chinesischen Regierungskonsultationen“ vom 9. Juli 2018 sehen, wonach „die deutsche Seite [...] ihr Festhalten an ihrer Ein-China-Politik und ihre Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität Chinas [bekräftigt und] [...] die die friedliche Entwicklung zwischen beiden Seiten der Straße von Taiwan [unterstützt]“?

37. Erwartet die Bundesregierung ein reziprokes Vorgehen Chinas, i. e. eine stärkere Frequentierung der Nord- und Ostsee durch chinesische Kriegsschiffe?

Weitere Aspekte

38. Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede sieht die Bundesregierung zwischen den sowohl von ihr als auch von der chinesischen Regierung vertretenen Konzepten des Multilateralismus (s. z. B. https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/zxxx_662805/t1848323.shtml, http://german.china.org.cn/txt/2019-09/08/content_75184463.htm) (bitte detailliert darlegen)?

39. Zu welcher Bewertung kommt die Bundesregierung hinsichtlich ihrer Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China im Sicherheitsrat, ist es ihrer Ansicht nach im Wesentlichen gelungen „gemeinsam an der Verhinderung und Lösung internationaler Konflikte zu arbeiten“ (s. Vorbemerkung)?

Was waren die größten Erfolge und Herausforderungen dieser Zusammenarbeit?

40. Hat der vereinbarte verstärkte und regelmäßige Austausch zwischen beiden Außenministerien zu Afghanistan und Syrien stattgefunden (s. z. B. „Gemeinsame Erklärung anlässlich der 5. Deutsch-Chinesischen Regierungskonsultationen“ vom 9. Juli 2018, Punkt 10)?
- a) Wenn ja, was waren die größten Erfolge, und wo sieht die Bundesregierung die größten Hindernisse?
 - b) Wenn nein, warum nicht?